



Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 11.10.2007

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 18:20 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 14 Mitgliedern

Vorsitzender:

Herr Bürgermeister Ogertschnig

Mitglieder:

Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Frau Stadträtin Brunner
Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Deeng
Herr Stadtrat Hagel
Herr Stadtrat Herzhauser
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Zügel

Stellvertreter/in:

Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Späh

Verwaltung:

Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Herr Fessler, Ordnungsamt
Frau Fischer, Stadtplanungsamt
Herr Kley, Stadtplanungsamt
Herr Krause, OV Mettenberg
Herr Kuhlmann, Stadtplanungsamt
Herr Maucher, Umweltschutz
Herr Merkle, Baubetriebsamt
Herr Rechmann, Tiefbauamt

entschuldigt:

Frau Stadträtin Buttschardt
Herr Stadtrat Weber

Gäste:

Frau Engler
Herr Dr. Gemmer
Frau Stadträtin Vollmer

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Arbeitsgruppe "Schilderwald"; Abschlussbericht und Auflösen der Arbeitsgruppe	177/2007
2.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Waldseer Str./Mühlweg/Wiesenstraße" - Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss -	176/2007
3.	Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie (END-Environmental Voice Directive)	174/2007
4.	Vorstellung Ergebnisse Architekturmesse 2007; mündlicher Bericht	
5.1.	Bekanntgaben: Anfrage der SPD-Fraktion bezüglich der Kessel- burgstraße	
6.1.	Verschiedenes: Toiletten am Bahnhof	
6.2.	Verschiedenes: Bau von Kreisverkehrsanlagen in Biberach	
6.3.	Verschiedenes: Sanierung Lehmgrube	
6.4.	Verschiedenes: Taubenschlag beim Hospital	
6.5.	Verschiedenes: Zustand der Treppe des evangelischen Friedhofs, Memminger Straße	
6.6.	Verschiedenes: Bauvoranfrage Haldenstraße 14, Rißegg	
6.7.	Verschiedenes: Situation Ringweg	

Die Mitglieder wurden am 04.10.2007 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 09.10.2007 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 177/2007 zur Vorberatung vor.

StR Kolesch dankt der Arbeitsgruppe und insbesondere Amt 61 für die geleistete Arbeit. Die getroffenen Maßnahmen seien der CDU-Fraktion ein großes Anliegen gewesen – mittlerweile habe man für unterschiedlichste Nutzergruppen Vieles erreicht. Das Park & Ride-System bewähre sich ebenso wie die neuen Litfasssäulen zum Bewerben von Vereins- und Kulturveranstaltungen. Die Auflösung der Arbeitsgruppe zum jetzigen Zeitpunkt werde deshalb befürwortet. Dem Stadtplanungsamt komme jedoch auch künftig mehr als eine reine koordinierende Funktion zu. Es gelte weiterhin, neue, sich entwickelnde Themen aufzugreifen und aktiv voranzutreiben.

Er verweist des Weiteren auf den Antrag der CDU-Fraktion vom April dieses Jahres bezüglich der Mitfinanzierung bzw. Betreuung des Hinweissystems für Dienstleister und Geschäfte in Innenstadtrandlagen. In dieser Sache warte man bis heute auf ein Ergebnis nachdem man der Verwaltung die Prüfung einer alternativen Lösungsmöglichkeit zugestanden habe. Die Verzögerung sei ärgerlich, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der damalige CDU-Antrag mehrheitlich hätte durchgesetzt werden können. Er fordert die Verwaltung deshalb auf, trotz der bestehenden Zuständigkeitsprobleme bis zur Bauausschusssitzung im November eine umfassende lückenlose Vorlage zur abschließenden Beratung dieses Themas vorzulegen.

BM Ogertschnig hofft, dass diese Forderung erfüllt werden kann, könne aber nichts versprechen.

StR Keil weist auf die vielfältigen Angebote der Stadt, wie beispielsweise den Jakobusweg, Stadtführungen und die Ausstellung der Firma Handtmann hin, welche immer mehr Besucher nach Biberach locken würden. Gerade für Auswärtige seien Stadtpläne an den Ortseingängen dabei eine große Hilfe. Er lobt zudem die verbesserte Ausschilderung der Radwege sowie die vom Alpenverein erneuerte Beschilderung im Burrenwald. Ein Dankeschön gelte allen Beteiligten – gleichzeitig bitte er darum, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen, da es immer wieder Handlungsbedarf aufgrund neuer Situationen geben werde. Angesichts der sehr guten Akzeptanz des Jakobusweges sei die zeitnahe Klärung der diesbezüglichen Zuständigkeit von Bedeutung. Er schlägt vor, an den beiden Hauptzufahrten zum Wohngebiet „Fünf Linden“ Hinweisschilder zur Lage der einzelnen Wege anzubringen. Zu den bereits genannten Infostelen für Dienstleister und Geschäfte weist er darauf hin, dass die SPD-Fraktion die Lösung der Werbegemeinschaft grundsätzlich unterstütze, die Finanzierung jedoch strittig sei. Eine Zwischenfinanzierung durch die Stadt sei zwar denkbar, keinesfalls könne es jedoch Aufgabe der Stadt sein, die Finanzierung von Werbeanlagen zu übernehmen. In der heutigen Beschlussvorlage gefehlt habe der SPD-Fraktion ein Beschlussantrag Nr. 3 zur Auflösung der Arbeitsgruppe.

BM Ogertschnig plädiert an die Presse, den Bekanntheitsgrad der Jakobsmuschel, dem Zeichen des Jakobusweges, durch eine entsprechende Information zu steigern. Die Auflösung der Arbeitsgruppe ergebe sich aus den bestehenden Beschlussanträgen. Zum Thema Hinweisschilder für das Baugebiet „Fünf Linden“ erklärt er weiter, aus Sicht der Verwaltung seien diese nicht erforderlich.

StR Compter lobt die Arbeit der Arbeitsgruppe Schilderwald und dankt allen Beteiligten. Die Auflösung der Arbeitsgruppe werde befürwortet, wobei die Maßnahmen von der Verwaltung jedoch weiter zu betreiben seien. Insbesondere wünsche er sich eine zeitnahe Lösung für die geplanten Werbestelen in der Innenstadt.

StR Späh stimmt der Vorlage ebenfalls zu. Vieles sei geleistet worden, was Bürgern als auch Gästen das Zurechtfinden in Biberach erleichtere. Lediglich auf das Parkleitsystem hätte man aus seiner Sicht verzichten können. Er bittet die genannten Maßnahmen weiter zu betreiben und insbesondere das Thema Werbestellen zeitnah zum Abschluss zu bringen.

Auch StR Braig lobt die Ergebnisse der Arbeitsgruppe. Gleichzeitig zeige die Vorlage jedoch auch deutlich, das Grundproblem – die Frage der Zuständigkeit - welche unter Anderem durch die Einrichtung von „frei schwebenden“ Stabstellen bedingt sei. Dem Stadtplanungsamt komme die Aufgabe zu, als Zugpferd die genannten Maßnahmen weiter zu betreiben und dürfe sich in so weit nicht auf eine koordinierende Funktion zurückziehen.

Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat einstimmig, entsprechend den Beschlussanträgen der Verwaltung zu beschließen.

StR Hagel ist befangen und verlässt den Sitzungssaal.

StR Kolesch zeigt sich erfreut über die geplante Entwicklung und das – wie gefordert – sehr ausführliche Bebauungsplanverfahren. Er lobt insbesondere die Computersimulation im Rahmen der Informationsveranstaltung. Die Vorlage zeige deutlich, wie wichtig die objektive Information der Betroffenen zu einem frühen Zeitpunkt sei und bittet darum, in kritischen Fällen auch künftig so zu verfahren.

StR Nuding begrüßt die Beschlussvorlage und das gewählte Verfahren, für das sich das vom gesamte Gremium ausgesprochen habe. Er befürwortet die Stellungnahmen der Verwaltung zu den Anregungen der Anwohner, insbesondere hinsichtlich der separaten Zu- und Ausfahrt der Tiefgarage, der Anzahl der Wohneinheiten und der vorgesehenen Geschossfläche des Neubaus. Die Aussage zur Leistungsfähigkeit des Abwasserkanals sei hoffentlich verlässlich, so dass kurzfristig keine Kanalarbeiten notwendig werden.

Auf seine Nachfrage erklärt BM Ogertschnig, das Stadtforum habe sich bezüglich dieses Projektes noch nicht zu Wort gemeldet.

StR Compter erklärt, das gewählte Verfahren und die 3 D-Darstellung hätte überzeugt, letzteres sei eine gute Methode, um sich ein Bild vom geplanten Neubau zu verschaffen. Nach der Kürze der Vorlage zu urteilen, habe das 3 D-Modell auch die Anwohner überzeugt. Die Stellungnahmen der Verwaltung laut Beschlussvorlage seien ihm zum Teil zu intellektuell, insbesondere die Ausführungen zur Geschossfläche.

StRin Brunner betont, die Grünen-Fraktion könne der Höhe des geplanten Neubauprojektes nicht zustimmen und sehe eine Beeinträchtigung der nördlich, östlich und westlich gelegenen Angrenzer. Sie weist darauf hin, dass ein Gebäude am Mühlweg bereits zum Verkauf stehe, was Zufall oder Konsequenz der derzeitigen Planung sein könne. Ein Kompromiss wäre aus ihrer Sicht die Reduzierung des Projektes um ein Geschoss gewesen.

StR Braig ist ebenfalls der Ansicht, dass die größtmögliche Offenheit zum besten Ergebnis führt. Auch er sehe die Höhe des Gebäudes jedoch kritisch und halte die gewählte Stellplatzanzahl für zu gering. Zwar sei eine Tiefgarage eingeplant, oberirdisch stünde für den ruhenden Verkehr jedoch keine öffentlichen Stellplätze zur Verfügung.

BM Ogertschnig betont, angesichts der Nähe zur Innenstadt seien die geplanten 22 Stellplätze für 12 Wohnungen ausreichend. Weitere Parkmöglichkeiten seien zudem am Mühlweg vorhanden.

Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Bauausschuss dem Gemeinderat bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich, entsprechend den Beschlussanträgen der Verwaltung zu beschließen.

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 174/2007 zur Kenntnisnahme vor.

Herr Kuhlmann stellt den derzeitigen Sachstand nochmals dar und erklärt, dass sich für die Stadt Biberach aus den aktuellen Lärmkarten des Landes ein Handlungsbedarf ergeben werde. Wie mit den Ergebnissen der Lärmkartierung konkret zu verfahren sei, in wie weit beispielsweise Lärmschutz bzw. verkehrlenkende Maßnahmen erforderlich würden, sei indes noch völlig unklar. Er hoffe, dass der anstehende Kongress in Stuttgart zu diesem Thema Ideen beziehungsweise Lösungsvorschläge liefern werde. Er betont weiter, dass insbesondere die anstehende 2. Runde der Lärmkartierung, welche alle Hauptverkehrsstraßen mit einer Belastung von mehr als 8.200 Kraftfahrzeugen pro Tag sowie Haupteisenbahnstrecken mit mehr als 30.000 Zugverbindungen pro Jahr umfasse, erhebliche Auswirkungen für Biberach haben werde.

StR Kolesch sieht eine wesentliche Verbesserung der derzeitigen Lärmbelastung durch den Bau der Nordwestumfahrung inklusive Aufstieg zur B 30. Sollte der Aufstieg nicht realisiert werden, sei dagegen eher mit einem Mehrverkehr auf der Ulmer Straße/Memmingener Straße zu rechnen. Im anstehenden zweiten Schritt werde auch die stark befahrene Riedlinger Straße einzubeziehen sein – als Lösungsmöglichkeit sehe er hier eine Verlängerung der Königsbergallee. Er weist darauf hin, dass Lärm krank mache und betont, man sehe sich schon lange in der Verpflichtung, zur Verbesserung der Lärmimmissionen beizutragen. Derartige Maßnahmen würden der Umwelt und insbesondere auch dem Schutz der Einwohner dienen.

StR Keil hält die dargestellte Betrachtungsweise für sehr einseitig, da lediglich eine von vielen Lärmquellen einbezogen wird. Aus seiner Sicht werde das Thema Lärm noch immer nicht ernst genug genommen. Die SPD-Fraktion befasse sich hiermit derzeit intensiv und erwäge einen Antrag, Veranstaltungen auf dem Marktplatz, bei denen Lautsprecher eingesetzt werden, zeitlich zu begrenzen. Kritisch werde beispielsweise auch die Lärmbelastung in Flugplatznähe am Flugtag gesehen.

Weit wichtiger als die Lärmkarten seien die hieraus resultierenden Lärmaktionspläne. Die SPD-Fraktion bitte die Verwaltung, dem Bauausschuss weitere Problembereiche wie beispielsweise die Riedlinger Straße anzuzeigen. Eine Verlängerung der Königsbergallee werde mit Bau der Nordwestumfahrung jedoch vermutlich hinfällig sein.

StR Zügel sieht durch den Bau der Nordwestumfahrung lediglich eine Entlastung im Bereich des Schwer- sowie des Durchgangsverkehrs. Der Aufstieg zur B 30 werde keine maßgebliche Entlastung bringen – auf der Riedlinger Straße sei sogar mit einer Zunahme des Verkehrs durch die Nordwestumfahrung zu rechnen. Er erkundigt sich deshalb zu den Lärmaktionsplänen, wie reagiert werde, wenn einzelne Straßenzüge einer Belastung von über 70 Dezibel ausgesetzt sein sollten.

BM Ogertschnig betont, dass dies eine schwierige Aufgabe darstellen werde, die im Gremium zu diskutieren sei. Konkrete Lösungen könne die Verwaltung noch nicht anbieten.

StR Späh begrüßt die Umgebungslärmrichtlinie, wodurch das Problembewusstsein geschärft werde und die Kommunen gezwungen würden, sich dem Problem zu stellen. Bei künftigen Baumaßnahmen müssten die Belange des Lärmschutzes noch intensiver berücksichtigt werden. Der Aufstieg zur B 30 werde auch aus seiner Sicht keine nennenswerte Entlastung bringen. Angesichts der knapp bemessenen Frist zur Aufstellung der Lärmaktionspläne erkundigt er sich, ob bis zu diesem Zeitpunkt lediglich erste Ansätze vorliegen müssen.

Herr Kuhlmann geht davon aus, dass der angestrebte Zeitplan von keiner Kommune eingehalten werden kann.

Frau Fischer stellt ergänzend fest, dass die Umsetzung bundesweit noch unklar sei und der Stadt Biberach bislang noch nicht einmal die Betroffenzahlen bekannt gegeben wurden.

Nach Ansicht von StR Braig sind von der anstehenden zweiten Lärmkartierung viele innerstädtische Straßen wie beispielsweise die Riedlinger Straße, die Felsengartenstraße, die Waldseer Straße etc. betroffen. Er weist darauf hin, dass der Schall auch von Erschütterungen getragen werde und schalldämmende Fenster deshalb nicht ausreichend seien. Er fordert deshalb verkehrslenkende Maßnahmen insbesondere für den Schwerlastverkehr und plädiert diesbezüglich auch an das zuständige Straßenamt für Bundes- und Landesstraßen.

OV Krause bemängelt die Einseitigkeit des vorliegenden Lärmkatasters. Berücksichtigt sei lediglich die Verkehrsmenge, nicht aber andere wesentliche Kriterien für die Lärmintensität wie beispielsweise die Schallentstehung und Ausbreitung oder die Geschwindigkeit der Fahrzeuge.

BM Ogertschnig und Herr Kuhlmann erklären, die Geschwindigkeit sei bei der Lärmkartierung berücksichtigt. Während innerorts 50 km/h angesetzt seien, würden für die B 30 anderen Werte in die Berechnung eingestellt. Aufgrund der Verkehrsmenge tauche die B 30 in der durchgeführten ersten Stufe der Lärmkartierung noch nicht auf – die zweite Stufe umfasse jedoch sowohl die B 30 als auch sehr viele innerstädtische Straßen.

StR Zügel erkundigt sich, ob der Grenzwert von 70 dB(A) auch für die anstehende zweite Stufe als Maßstab für Lärmprobleme und Lärmauswirkungen dienen werde.

Frau Fischer betont, dass es sich bei den 70 dB(A) um einen Vorschlag des Landes Baden-Württemberg handle. Gleiches gelte für die Annahme eines „Ortes“ ab 10 Gebäuden mit schützenswerter Nutzung oder bei Gebäuden mit insgesamt mehr als 100 Bewohnern. Die Entscheidung darüber, ob diese Vorschläge tatsächlich Anwendung finden, stehe noch aus. Sie betont, dass sich die Bereiche, für die Aktionspläne aufzustellen sind, noch verändern können.

Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.

**TOP 4 Vorstellung Ergebnisse Architekturmesse 2007;
mündlicher Bericht**

Herr Kuhlmann lädt zur diesjährigen Architekturmesse vom 19. – 21. Oktober 2007 in das Rathaus der Stadt Biberach ein. Thema seien dieses Jahr Planansätze für Stadthäuser bzw. Hausgruppen im geplanten Baugebiet „Talfeld“. Erfreulich sei sowohl die hohe Zahl der Beiträge als auch deren Qualität, auf die man besonders geachtet habe. Er stellt dem Gremium beispielhaft einige Arbeiten kurz vor – darunter fünf Reihenhäuser einer sogenannten Bauherrengruppe, die jeweils von verschiedenen Architekten entworfen seien. Für die Hausgruppen gebe es Beispiele, die von der Gartenhofhausgruppe bis hin zu klassischen Einzelhäusern reiche.

Mit den Ergebnissen der Architekturmesse zeigt er sich sehr zufrieden.

TOP 5.1 Bekanntgaben: Anfrage der SPD-Fraktion bezüglich der Kesselburgstraße

BM Ogertschnig teilt bezüglich der Anfrage von StRin Buttschardt mit, die Verkehrssicherungspflicht in diesem Bereich werde bis 2008 erfüllt. Wie gewünscht werde zudem ein Kataster für die dauerhafte Unterhaltung der Fußwege erstellt.

TOP 6.1 Verschiedenes: Toiletten am Bahnhof

StR Pfender weist darauf hin, dass die Toilette am Bahnhof aufgrund der zurückgesetzten Tür und der schlechten Beschilderung schwer zu finden sei. Auch gebe es immer wieder Probleme mit dem Türöffnungsmechanismus. Trotz Einwurfs von 50 Cent lasse sich die Tür teilweise nicht öffnen.

BM Ogertschnig erklärt, die Verwaltung werde sich darum kümmern und für eine bessere Beschilderung der Toilette Sorge tragen.

TOP 6.2 Verschiedenes: Bau von Kreisverkehrsanlagen in Biberach

StR Pfender bemängelt die lange Bauzeit bei Kreisverkehrsanlagen, die sowohl an der Rollinstraße/Hans-Liebherr-Straße als auch an der Mozartstraße zu beobachten sei. Letztere befinde sich schon seit Monaten im Bau – dort werde jedoch nicht gearbeitet. Im Bezug auf den Kreisverkehr Rollinstraße/Hans-Liebherr-Straße vermisse er zudem den Radweg entlang der Hans-Liebherr-Straße, der Bestandteil der Beschlussfassung gewesen sei.

BM Ogertschnig erklärt, ein Mitgrund für die lange Bauzeit des Kreisels Rollinstraße/Hans-Liebherr-Straße sei die in der Baumaßnahme enthaltene Belagserneuerung Rollinstraße. Bei Realisierung des Radwegs habe das Gremium erst zusammen mit dem Bau des Kreisverkehrs am Haltenbad ins Auge gefasst.

Herr Rechmann fährt fort, die Firma, die mit dem Bau des Kreisverkehrs Mozartstraße beauftragt sei, habe man bereits in Verzug gesetzt. Sanktionsmöglichkeiten gebe es zwar, allerdings lediglich bis maximal 5 % der Bausumme sowie maximal 5.000 € pro Tag.

BM Ogertschnig erklärt, von Sanktionen sehe die Stadt regelmäßig ab, da sich diese Kosten ansonsten in den Angebotspreisen bei künftigen Vorhaben wiederfinden würden.

TOP 6.3 Verschiedenes: Sanierung Lehmgrube

StR Späh bittet die Verwaltung im Sinne eines geordneten Verkehrsflusses, das Anfahren von städtischem Auffüllmaterial zur Lehmgrube zu koordinieren.

BM Ogertschnig betont, dies sei angesichts der enormen benötigten Masse ein schwieriges Thema. Die Verwaltung denke derzeit darüber nach, in wie weit Auffüllmaterial aus dem Baugebiet „Wässerwiesen“ verwendet werden könne. Der Einbau müsse jedoch schnell und konzentriert erfolgen.

StR Keil weist darauf hin, dass der um die Lehmgrube führende Radweg aus einer aufgekiesten Lehmschicht bestehe und weder befahrbar noch beleuchtet sei. Die Lehmgrube selbst mutiere zum beliebten Kinderspielplatz – der bestehende Zaun sei einfach umgedrückt worden.

BM Ogertschnig erklärt, die Problematik sei bekannt. Zusammen mit Herrn Rechmann werde man sich hierum kümmern.

TOP 6.4 Verschiedenes: Taubenschlag beim Hospital

StR Braig erkundigt sich nach der verantwortlichen Stelle und betont, die Tauben im Stadtgebiet seien mittlerweile ein großes Problem. Maßnahmen zur Verbesserung der Situation müssten aus seiner Sicht nicht unbedingt mit dem Tierschutz vereinbar sein.

Herr Fesseler erklärt, der Taubenschlag werde vom Taubenzüchterverein betreut, der die Tauben dort regelmäßig füttere. Die Stadtauben habe man dadurch jedoch noch nicht anlocken bzw. aus der Innenstadt locken können. Zwischenzeitlich habe der Verein 12 junge Tauben im Taubenschlag eingesetzt und hoffe, hierdurch eine Verbesserung der Situation erreichen zu können.

**TOP 6.5 Verschiedenes: Zustand der Treppe des evangelischen Friedhofs,
Memminger Straße**

StR Braig weist auf die schlechte Begehbarkeit der Treppe am Evangelischen Friedhof hin.

BM Ogertschnig nimmt dies zur Kenntnis.

TOP 6.6 Verschiedenes: Bauvoranfrage Haldenstraße 14, Rißegg

StR Braig erkundigt sich nach dem Sachstand und ob bereits Einwendungen von Anliegern eingereicht wurden.

BM Ogertschnig erklärt, die Bauvoranfrage sei negativ beschieden worden. Noch diesen Monat finde mit dem Antragsteller und dessen Anwalt ein Gespräch statt. Konkrete Einwendungen von Anliegern gegen das Bauvorhaben lägen nicht vor.

TOP 6.7 Verschiedenes: Situation Ringweg

StR Braig verweist auf die Situation am Ringweg, wo Autofahrer gezwungen seien, die linke Straßenseite zu nutzen.

BM Ogertschnig erklärt, ihm sei diesbezüglich nichts bekannt und bittet StR Braig deshalb, eine Schnellanfrage an das Ordnungsamt zu stellen.

Bauausschuss, 11.10.2007, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: BM Ogertschnig

Stadtrat: Zügel

Stadtrat: Hagel

Schriftführerin: Markieton

Gesehen: OB Fettback

Gesehen: EBM Wersch